

 **Bundesministerium**
Inneres

Karl Nehammer, MSc
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.484.313

Wien, am 9. September 2020

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Hannes Amesbauer und weitere Abgeordnete haben am 9. Juli 2020 unter der Nr. **2805/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Ansiedelung von Verwaltungstätigkeiten des Bundes in strukturschwachen Regionen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5 sowie 11 und 12:

- *Gibt es bereits konkrete Vorhaben, nachgelagerte Stellen bzw. Verwaltungstätigkeiten in Ihrem Vollzugsbereich in der Steiermark oder in anderen Bundesländern anzusiedeln?*
- *Wenn ja, wie gestalten sich diese Vorhaben konkret?*
- *Wenn ja, in welche Bundesländer sollen nachgelagerte Stellen bzw. Verwaltungstätigkeiten ausgelagert werden?*
- *Wenn ja, bis wann ist mit deren Umsetzung zu rechnen?*
- *Wenn ja, welche Gesichtspunkte liegen diesen Vorhaben zu Grunde?*
- *Gibt es in Ihrem Vollzugsbereich laufende Gespräche mit den Bundesländern über die Ansiedelung von nachgelagerten Stellen bzw. Verwaltungstätigkeiten?*
- *Wenn ja, mit welchen Bundesländern und wie gestalten sich diese Gespräche konkret?*

Von Seiten des Bundesministeriums für Inneres gibt es keine konkreten Vorhaben.

Zu den Fragen 6 bis 8:

- *Wie sieht der weitere Fahrplan Ihres Ressorts zur im Rahmen des Regierungsprogramms angekündigten Prüfung aus und wer führt diese durch?*
- *Welche Eckpunkte sollen in diese Prüfung miteinbezogen werden?*
- *In welcher Form sollen die Ergebnisse dieser Prüfung präsentiert werden?*

Es wird auf die Beantwortung durch das Bundeskanzleramt verwiesen.

Zu den Fragen 9 und 10:

- *Welche nachgelagerten Stellen bzw. Verwaltungstätigkeiten aus Ihrem Vollzugsbereich kommen für eine Ansiedelung in strukturschwachen Regionen in Betracht?*
- *Welche strukturschwachen Regionen werden von Ihrem Ressort für eine Ansiedelung von nachgelagerten Stellen bzw. Verwaltungstätigkeit in Betracht gezogen?*

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes. Entsprechend dem Regierungsprogramm werden im Falle einer Neuerrichtung einer Dienststelle alle notwendigen Schritte unter Einbeziehung der Stakeholder gesetzt.

Karl Nehammer, MSc

